

MOTION

der ADG (SPO-PS-VERTS-PCS)-Fraktion, durch Grossrat German Eyer und die Grossrätinnen Francine Zufferey Molina und Doris Schmidhalter-Näfen, betreffend Staatshilfe nur für Firmen mit Gesamtarbeitsverträgen (10.05.2012) 4.193

Angesichts des starken Frankens und der Untätigkeit der Nationalbank wird nach dem Tourismus die Walliser Industrie in nächster Zeit massiv unter Druck geraten. Ein Blick über die Kantonsgrenzen zeigt: Wenn das Wallis nicht unter die Räder geraten soll, muss die kantonale Wirtschafts- und Industriepolitik verstärkt werden. Finanzielle Anreize für den Verbleib und die Ansiedlung von Industriebetrieben bestehen vorab in Form von Steuererleichterungen oder Energierabatten. Mit dieser Motion wird verlangt, dass der Kanton seine finanziellen Hilfen davon abhängig macht, dass nur Betriebe Staatshilfe erhalten, die sich an die Bestimmungen von Gesamtarbeitsverträgen respektive Kollektivarbeitsverträgen halten.

Schlussfolgerung:

Das Gesetz über die Wirtschaftsförderung ist dahingehend zu ergänzen, dass der Kanton finanzielle Anreize und Hilfen nur für Firmen und Betriebe leistet, die sich an die Bestimmungen von Gesamt- oder Kollektivarbeitsverträge halten.

Sitten, den 10. Mai 2012
(15.33 Uhr)

ADG (SPO-PS-VERTS-PCS)-Fraktion durch,
German Eyer, Grossrat
Francine Zufferey Molina, Grossrätin
Doris Schmidhalter-Näfen, Grossrätin